

## **Integration muss endlich einen höheren Stellenwert bekommen!**

### **Die CDU sagt:**

*„In Wahrheit sind die Härtefallkommissionen – jedenfalls die, die es gibt – in der Regel nichts anderes als öffentlich finanzierte Wärmestuben für Gutmenschen, die ihre persönliche Betroffenheit pflegen und sich unter Zuhilfenahme von mancherlei Tricks überlegen, wie sie die geltende Rechtsordnung aushebeln oder ad absurdum führen können.“*

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Biallas am 21. November 2002.

### **Die CDU vergisst:**

Integration ist keine Einbahnstraße. Integration darf man nicht nur fordern, sondern man muss sie auch fördern.

### **Tatsache ist:**

Die Bundesrepublik ist – auch wenn dies von konservativen Politikern ignoriert wird – seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland.

- Wenn man den aktuellen Mikrozensus 2005 des Statistischen Bundesamtes zu Grunde legt, dann hat ein Fünftel der Bevölkerung der Bundesrepublik einen Migrationshintergrund. Mit anderen Worten: Die 67,1 Millionen Deutschen ohne direkten Migrationshintergrund stellen rund 81 Prozent der Bevölkerung, Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund kommen zusammen auf 15,3 Millionen Menschen. Wir haben inzwischen sogar mehr Deutsche mit Migrationshintergrund (insgesamt acht Millionen d.h. zehn Prozent der Bevölkerung) als Ausländer in unserer Gesellschaft (7,3 Millionen).
- Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat eine Studie vorgelegt, in der bilanziert wird, dass die Bundesrepublik von einem Teil ihrer Bevölkerung nicht in dem Maße profitiert, wie es möglich wäre: Wir verschwenden derzeit ein großes Potenzial menschlicher Fähigkeiten. Es gibt sehr viele Ausnahmen, aber wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass ein stetig wachsender Teil der nach Deutschland Zugewanderten in problematischen Verhältnissen lebt. Das Risiko eines Migranten, auf Arbeitslosen- oder Sozialhilfe angewiesen zu sein, ist deutlich höher als das eines nicht zugewanderten Deutschen.

### **Wir wollen,**

deshalb, dass diejenigen Migrantinnen und Migranten, die sich im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit befinden und integrationswillig sind, von der deutschen Gesellschaft als selbstverständlich gleichberechtigte Mitglieder unseres Gemeinwesens akzeptiert werden.

Die Regierung Wulff hat die Bedeutung des Themas Integration nicht erkannt. Bereits die getroffene Zuständigkeitsregelung – Integration wurde ausgerechnet dem Schünemann-

Ministerium zugeordnet – zeigt, dass das Thema Integration bei CDU und FDP eher unter der Überschrift „Polizei“ und „Abschiebung“ verstanden wird. Wir müssen jedoch über gesellschaftliche Teilhabe, über Bildungspolitik, über Sozialpolitik und natürlich auch über das Thema demographische Entwicklung reden.

CDU und FDP haben das Thema Integration bis heute eher als Gelegenheit zur parteipolitischen Profilierung an den Stammtischen denn als realpolitisches Handlungsfeld begriffen. Der Innenminister hat sich in seinem Ressort bereits 2004 finanziell auch von der Integrationsverantwortung verabschiedet und eine Million Euro ausgerechnet im Bereich Integration eingespart.

Die SPD-Landtagsfraktion hat seitdem jedes Jahr erneut die Wiedereinstellung dieser – bezogen auf den Gesamthaushalt bescheidenen, aber dennoch unvergleichlich wichtigen Integrationsmittel beantragt. Jedes Jahr aufs Neue ist dieser Antrag von der CDU/FDP-Landtagsmehrheit abgelehnt worden.